

Koalitions-Vertrag 2021

SPD
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
DIE LINKE.

**solidarisch.
nachhaltig.
gerecht.**

#zuversicht

**Bielefelder Koalitionsvertrag zwischen
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE
- solidarisch, nachhaltig und gerecht -**

Inhalt

Präambel	2
Wohnen	2
Stadtentwicklung.....	4
Energie und Gebäude.....	5
Umwelt, Natur und Klimaschutz	6
Soziales	8
Bürger*innen-Beteiligung und Ehrenamt	13
Kinder und Jugend.....	13
Schule	14
Kultur.....	18
Sport	20
Mobilität	21
Wirtschaft und Arbeit.....	25
Digitales	29
Finanzen	31

Präambel

Bielefeld: solidarisch, nachhaltig und gerecht

Bielefeld ist eine lebenswerte Stadt, ein attraktiver Standort für Wissenschaft und Forschung, für Handel und Wirtschaft und hat als Großstadt erhebliche Bedeutung für die Region. Bei uns werden gesellschaftlicher Zusammenhalt, soziale und ökologische Verantwortung und kulturelle Vielfalt im Alltag gelebt.

Dennoch gibt es viel zu tun, um die Teilhabechancen für alle zu verbessern, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, gute Bildung zu gewährleisten, die notwendige Mobilitätswende zu gestalten und unsere Stadt klimagerecht weiter zu entwickeln.

Mit unserem Koalitionsvertrag stellen wir hierfür die Weichen und beschreiben den Weg, um diese ambitionierten Ziele zu erreichen. Dabei ist uns bewusst, dass wir nicht alle beschriebenen Vorhaben in dieser Wahlperiode erreichen können, weil sie gute Planung und Konzepte benötigen, die wir mit den Bürger*innen zusammen entwickeln wollen.

Sie erfordern jedoch auch die notwendigen finanziellen Grundlagen, um die erheblichen Investitionen in Schulen, Kitas, Klimaschutz, verkehrliche und digitale Infrastruktur leisten zu können. Eine wichtige Voraussetzung ist eine solide kommunale Haushaltspolitik ohne Eingriffe von außen. Ebenso notwendig ist jedoch, dass Bund und Land uns weiterhin im bisherigen Umfang bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie unterstützen!

Die Corona-Pandemie bestimmt seit mehr als einem Jahr unseren Alltag und hat zahlreiche Auswirkungen auf das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben in unserer Stadt. Wir werden weiterhin in guter Zusammenarbeit mit der Verwaltung alles tun, was kommunal möglich und gestaltbar ist, um die Folgen der Pandemie so erträglich wie möglich zu halten.

Wir sind zuversichtlich, dass wir gemeinsam diese Herausforderung bewältigen!

Wohnen

Bielefeld ist eine der am schnellsten wachsenden deutschen Großstädte. Besonders für Studierende hat unsere Stadt als Hochschulstandort eine große Attraktivität. Trotz erheblicher Aktivitäten zur Schaffung neuen und vor allem langfristig bezahlbaren Wohnraums, besteht hier dringender weiterer Handlungsbedarf. Es gilt darüber hinaus, Verdrängung und reiner Mietrenditenorientierung entgegenzuwirken.

- In den kommenden fünf Jahren sollen in Bielefeld ca. 6.500 Wohnungen neu entstehen. Außerdem wird sich die Stadt mit Nachdruck darum bemühen, in den Besitz der ehemals von britischen Militärangehörigen bewohnten Gebäude zu kommen, um diese weiter zu nutzen oder die Grundstücke einer Wohnbebauung zuzuführen.
- Wir streben in dieser Wahlperiode an, 2.000 neue Wohnungen durch die BGW errichten zu lassen, wovon mindestens 50 Prozent öffentlich gefördert sein sollen. Dazu wollen wir die BGW strukturell in die Lage versetzen, indem wir geeignete Flächen, insbesondere solche, die im Besitz der Stadt und ihrer Töchter sind, vorrangig an die BGW vergeben. Hierfür werden wir die BGW als städtische Gesellschaft durch Kapitalerhöhung und einen Verzicht auf die Gewinnabführung stärken.

- Wir werden alle Möglichkeiten der Wohnbauförderung des Landes NRW nutzen und Konzepte erarbeiten, um durch genossenschaftliche Finanzierungen und Bürger*innen-Anleihen den Bau bezahlbaren Wohnraums zu fördern.
- Die Stadt Bielefeld kann sich unbebaute Flächen mit bestehendem Baurecht sowie Leerstände von Wohnungen nicht erlauben. Um hier Abhilfe schaffen zu können, werden wir den Bereich Wohnungsbauförderung/-aufsicht um ein „Leerstandsmanagement“ erweitern und eine*n Leerstandsmanager*in einstellen. Damit sollen Leerstände und unbebaute Flächen schneller erkannt und vornehmlich durch Beratungsangebote auf eine Entwicklung hingewirkt werden.
- Darüber hinaus behält sich die Stadt vor, Baugebote zu erlassen, bestehendes Baurecht nach einer angemessenen Frist wieder zu entziehen sowie Leerständen durch Nutzung des Vorkaufsrechts oder weiterer rechtlicher Mittel entgegenzuwirken.
- Wenn es rechtlich möglich wird, wird eine Grundsteuer C auf Baugrundstücke erhoben.
- Die Quote des sozialen Wohnungsbaus werden wir bei allen Wohnbauvorhaben durchsetzen und auf mindestens ein Drittel erhöhen.
- Die Baulandstrategie wollen wir zu einem Erfolgsprojekt machen. Wir führen verbindliche soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe von Grundstücken für Wohnungsbau ein (Konzeptvergabe).
 - Dabei streben wir an, einen Anteil von 50 Prozent an BGW, Genossenschaften und Wohnprojekte zu vergeben.
 - Energetische Mindeststandards sowie, sofern realisierbar, die Pflicht zu Photovoltaik, Solarthermie und Brauchwassernutzung.
 - Soziale Entwicklungskonzepte, die zu vielfältigen, lebenswerten Quartieren beitragen, werden bevorzugt behandelt.
 - Vergabe von Einfamilienhausgrundstücken nach sozial-ökonomischen Kriterien.
- Die Koalition hält die Anwendung des Erbbaurechts für ein strategisches Mittel. Entsprechend wird vor städtischen Grundstücksverkäufen geprüft und dies Recht angewandt, wenn festgestellt wird, dass langfristig ein eigenes Interesse am Grundstück vorliegt.
- Wir wollen, dass die Partnerschaft zwischen Stadt und Wohnungsbaugenossenschaften noch enger wird. Gemeinsam mit ihnen und den vielen sozialen Einrichtungen wollen wir mehr alternative Wohnformen wie betreutes Wohnen oder Mehrgenerationenwohnen überall in der Stadt ausbauen.
- Das Mietspiegelgremium muss um weitere Mieter*innen-Vertretungen und neutrale Expert*innen ergänzt werden. Die Stadt Bielefeld schlägt eine*n Vertreter*in des Mieterbundes für den Gutachter*innenausschuss vor. Der Zuschlag für gute Wohnlage muss entfallen.
- Das schlüssige Konzept zur Anpassung der Kosten der Unterkunft bei Arbeitslosengeld II Bezug soll regelmäßig auf Lücken und Härten überprüft werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Azubi-Wohnheime in der Stadt entstehen.

Stadtentwicklung

Bielefeld ist eine wachsende und prosperierende Großstadt mit hoher Lebensqualität. Wir stehen für eine nachhaltige, soziale und klimagerechte Stadtentwicklung und stellen uns den daraus erwachsenden Anforderungen.

- Wir sorgen dafür, dass Bielefeld einen langfristigen und nachhaltigen Stadtentwicklungsplan erhält.
- Den Organisationsbereich „Gesamträumliche Planung und Stadtentwicklung“ werden wir ausbauen und personell verstärken, die Aufgaben des „City-Managements“ werden integriert. Das Bauamt wird zu einem Amt für Stadtentwicklung ausgebaut.
- Wir werden die Bearbeitungszeit für Bauanträge verkürzen. Dazu setzen wir uns unter anderem für eine stärkere Nutzung der Potenziale durch Digitalisierung in den Fachverwaltungen ein.
- Wir werden neue Integrierte Stadtentwicklungs-Gebiete (INSEK) an geeigneter Stelle ausweisen.

Flächen sind nicht unbegrenzt verfügbar und sie erfüllen vielfältige Funktionen. Es gilt deshalb mit dieser Ressource behutsam und verantwortungsvoll umzugehen.

- Für uns gilt: Innenverdichtung vor Flächenausweitung. So werden wir vornehmlich entlang der bestehenden Verkehrsachsen bauen. Wir setzen uns zudem für eine Aufstockung im Innenbereich ein (beispielsweise für Wohnraum über Supermärkten).
- Mit neuen Flächen werden wir schonend umgehen. Dazu gehört die Schaffung von urbanerem Wohnraum. Flächen für oberirdische Parkplätze werden wir reduzieren.
- Wir werden weniger städtische Flächen veräußern und an strategisch wichtigen Stellen die Verwendung von Erbpacht prüfen.
- Das Zielkonzept Naturschutz und das Klimaanpassungskonzept sind verbindliche Grundlagen für die Bewertung und Entwicklungsmöglichkeiten von Flächen, die wir anwenden werden.
- Ökologisch bewirtschaftete Flächen werden geschützt und stehen nicht für eine Bebauung zur Verfügung.

Die ehemaligen Kasernenflächen und dazugehörige Wohnquartiere bieten hervorragende Nutzungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für kommunale Zwecke.

- Wir fordern den zügigen Übergang der Konversionsflächen in kommunale Hand und deren schnellstmögliche Entwicklung. Vorrangig sollen die Flächen durch die BGW bebaut werden. Wir werden zudem Genossenschaften und Wohnprojekte berücksichtigen.

Für das urbane Leben sind gut konzipierte, mit attraktiver Infrastruktur ausgestattete und funktionierende Quartiere von zentraler Bedeutung. Wir werden die Quartiere stärken und weiterentwickeln, denn der soziale Zusammenhalt in unserer Stadt braucht ein gutes Fundament!

- Kern des übergeordneten Stadtentwicklungskonzeptes ist die quartiersbezogene Sicherstellung der Daseinsvorsorge (u. a. Begegnungszentren, ÖPNV, Medizin, Pflege, Kultur etc.). Die individuellen Eigenschaften und Strukturen der Quartiere sollen dabei möglichst berücksichtigt werden. Die vorhandene Infrastruktur, die Versorgung mit Ärztinnen und

Ärzten und anderen Dienstleistungen wollen wir ebenso erhalten wie die Einkaufsmöglichkeiten.

- Quartiere als Zentrum der Bielefelder Stadtentwicklung sollen für alle Lebenslagen und -phasen individuelle Möglichkeiten schaffen. Dabei wollen wir auch zukünftig veränderte Arbeitsbedingungen (u. a. mehr Homeoffice) mitdenken. Bei Neubauprojekten muss künftig die quartiersnotwendige Infrastruktur noch konsequenter als bisher berücksichtigt werden.
- Treffpunkte und Begegnungsstätten für Jung und Alt werden wir fördern und soziale Arbeit vor Ort stärken. Projekte wie z. B. Stadtteilmütter, interkulturelle Gärten oder Stadtteilküchen unterstützen wir weiterhin. Die verschiedenen Angebote von Stadt, Wohnungsgesellschaften und freien Träger*innen werden wir noch besser vernetzen.
- Um Ursachen von Armut anzugehen, wollen wir frühzeitig und gezielt intervenieren. Die verschiedenen Berichte (Lebenslagenbericht, Lernreport, Armutsbericht) bieten hierzu geeignete Datengrundlagen und müssen zusammen betrachtet werden.
- Wir prüfen die Weiterentwicklung des Quartiers „Zedernstraße“ in Ummeln und streben an, dieses im Sinne einer positiven Quartiersentwicklung in Bezug auf Integration und Gemeinschaft zu einem Vorzeigeprojekt für Bielefeld zu machen. Auch das Quartier „Teichsheide“ und das neu entstehende Wohngebiet „Jöllheide“ bieten gute Voraussetzungen für eine modellhafte Entwicklung rund um die gerade im Bau befindliche Hellingskampsschule als Quartiersschule.
- Wir befürworten die Ausweisung und Beantragung weiterer INSEK-Projekte in Quartieren.

Alle Menschen in unserer Stadt brauchen öffentliche Räume, in denen sie sich aufhalten, bewegen oder erholen können. Diese Räume werden wir erhalten, pflegen und weiterentwickeln.

- Die öffentlichen Räume und Plätze müssen sowohl architektonisch als auch im Hinblick auf Sauberkeit, Beleuchtung und Einsehbarkeit so gestaltet sein, dass sie eine angenehme und sichere Nutzung durch die vielfältigen Nutzer*innengruppen ermöglichen.
- Das wohnortnahe Grün werden wir erhalten und die Flächen für die Naherholung ausweiten.
- Wir werden für mehr Barrierefreiheit der öffentlichen Flächen und Plätze sorgen.
- Wir entwickeln ein Konzept für kostenfreie öffentliche Toiletten und setzen dieses um.

Energie und Gebäude

Der Bereich Energieversorgung mit den Sektoren Wärme- und Stromversorgung sowie dem Verkehrssektor bieten ein großes Potenzial, um die mit dem Klimanotstand verbundenen Ziele zu erreichen. Die kommunale Energiewende werden wir entsprechend entschlossen und zügig vorantreiben. Gebäudeneubau und -sanierung gestalten wir ressourcenschonend.

- Wir wollen Schritt für Schritt Klimaneutralität erreichen. Hierfür werden wir die erforderlichen und messbaren Prozesse initiieren, um die Klimaneutralität der Stadt/Stadtverwaltung spätestens im Jahr 2035 zu erreichen. Wir streben eine weitestgehende Klimaneutralität der städtischen Bestandsgebäude bis 2030 an. Hierzu wird ein umfassendes Konzept mit nachhaltiger Energie- und Wärmeversorgung zusammen mit den Stadtwerken entwickelt.
- Gebäudeerhalt hat Vorrang vor Neubau.

- Das Planungsrecht werden wir nutzen, um das Bauen mit Holz zu fördern und fordern. Der Anteil des nachhaltig erzeugten Baustoffes Holz soll bei städtischen Bauten erhöht werden.
- Wir sorgen dafür, dass im Sinne eines Lebenszyklus-Ansatzes nachhaltige Baurohstoffe zum Einsatz kommen, die nach der Nutzung wiederverwendet werden.
- Wir initiieren eine verstärkte und offensive Beratung von Bürger*innen sowie Gewerbetreibenden zu Gebäudesanierung, nachhaltigem Bauen, regenerativen Energien, Nachhaltigkeit, Cradle-to-Cradle sowie Förderprogramme.
- Wir richten den Runden Tisch Energiearmut wieder ein.
- Als zentrales Element der Energiewende werden wir den Photovoltaikausbau in Bielefeld vorantreiben. Dazu gehören beispielsweise die Ausstattung öffentlicher Gebäude (soweit wie möglich) mit Photovoltaik-Anlagen sowie die Unterstützung, Beratung und Förderung von Vorhaben für Balkon-PV-Anlagen, PV-Parks, PV-Anlagen auf Gewerbeimmobilien etc..
- Wir schaffen finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen zur Bewältigung der Energiewende.
- Wir sorgen für eine möglichst klimafreundliche Wärmeversorgung in der Stadt Bielefeld. Dazu gehören eine verpflichtende Wärmeleitplanung nach ökologischen und ökonomischen Kriterien bei Neubaugebieten, dezentrale Nahwärmekonzepte wie Blockheizkraftwerke, der Ausbau des Fernwärmenetzes, die Prüfung von oberflächennaher Geothermie und die Nutzung des Potenzials von Power-to-Gas.
- Die Möglichkeiten für Flächen und Technologien für Windenergie in Bielefeld werden wir eruieren.
- Wasserstoff werden wir als Energieträger der Zukunft fördern.
- Wir werden lokale und zentrale Speicherkapazitäten für Strom aufbauen und das Netz der Elektroladesäulen ausweiten.
- Wir streben an, dass die Stadtwerke schnellstmöglich alle privaten Haushalte (ohne Preissteigerung) auf Ökostrom umstellen, darüber hinaus wollen wir die Stadtwerke unterstützen, dieses Ziel für die gewerblichen Kunden bis 2035 zu erreichen. Hierfür soll der überwiegende Teil aus selbsterzeugten erneuerbaren Energien stammen.

Umwelt, Natur und Klimaschutz

Die Natur ist ein hohes Gut, das unter anderem durch den rasanten Klimawandel bedroht ist.

Wir stellen uns der Herausforderung des Klimawandels und werden im Sinne des ausgerufenen Klimanotstands unseren bestmöglichen kommunalen Einsatz leisten, die Erderhitzung zu begrenzen und die Stadt auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten.

Der Klimanotstand bietet Handlungsrahmen und Orientierung. Unser Ziel ist ein klimaneutrales Bielefeld bis 2035. Dafür sorgen wir für eine Stärkung der Klimakompetenz in allen Dezernaten.

Um den Klimaschutz in Bielefeld voranzutreiben, werden wir entschlossen handeln.

Wir führen ein Controlling für die Klimafolgen geplanter Projekte ein.

- Wir kommunizieren regelmäßig, transparent und bürger*innenfreundlich die Umsetzung der Ziele des Klimanotstands. Mindestens jährlich soll es dazu eine Veranstaltung geben.
- In Bebauungsplänen werden wir Kriterien zu Nachhaltigkeit, wie z. B. Wärmeversorgung, Photovoltaik, Brauchwassernutzung und Artenschutz festlegen.
- Die Stelle eines/einer Klimamanager*in werden wir langfristig fortführen.

- Die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bielefeld werden wir positiv begleiten und umsetzen.
- Wir reaktivieren das Klimanetzwerk und stellen eine langfristige Förderung sicher.
- Wir treten dafür ein, dass die städtischen Beteiligungen klimafreundlicher werden. Dazu soll im jährlichen Beteiligungsbericht ein Klimabericht beigefügt werden. Die Sparkasse soll den Rückzug aus klimaschädlichen Finanzanlagen weiter forcieren, klimafreundliche Investments ausbauen und Bürger*innenfonds auflegen.

Wir wollen die Stadt fit machen für die Klimaveränderungen. Zentral dafür ist das städtische Klimaanpassungskonzept.

- Wir werden die Maßnahmen des Klimaanpassungskonzeptes bei allen Vorhaben berücksichtigen.
- Schottergärten werden in neuen Bebauungsplänen verboten.
- Die Versiegelung auf Grundstücken begrenzen wir und schaffen Anreize für Entsiegelung.
- Wir fördern verstärkt die Dach- und Fassadenbepflanzung an städtischen Gebäuden und in Neubaugebieten.
- Die Bielefelder Innenstadt, Wohn- und Gewerbegebiete sowie Straßen sollen grüner werden. Gezielt werden dort, wo es sinnvoll ist, neue Straßenbäume gepflanzt und/oder Grünflächen angelegt.
- Wir wollen die Bäume in Bielefeld schützen. Dafür legen wir ein Programm auf, das Baumbesitzer*innen zur Baumpflege und -erhaltung berät. Durch eine Baumschutzsatzung nach Kasseler Vorbild und die zügige Pflanzung von 1000 Bäumen im Stadtgebiet schützen wir den Baumbestand nachhaltig.

Die biologische Vielfalt gilt es zu schützen! Sie ist Grundlage unseres Lebens und bedroht wie nie.

- Wir schaffen Raum für die Natur, indem wir Biotopverbundachsen freihalten beziehungsweise neu schaffen.
- Das Zielkonzept Naturschutz werden wir aktualisieren und als verbindliche Planungsgrundlage stärken.
- Den Ökolandbau stärken wir. Wir wollen Landwirt*innen bei der Umstellung auf biologische Landwirtschaft unterstützen.
- Die Grünpflege werden wir zugunsten der Insekten umstellen und mehr Blühflächen mit regionaler Bepflanzung schaffen.
- Die jährlichen Gehölzschnitte des städtischen Grüns richten wir nach Aspekten des Artenschutzes und nicht rein wirtschaftlich aus.
- Wir erstellen ein Konzept zur Reduzierung von Lichtverschmutzung und setzen es um.

Der nachhaltige Schutz und die Stärkung unseres Waldes hat für uns Priorität.

- Wir werden mindestens zehn Prozent des städtischen Waldes aus der Nutzung herausnehmen und dabei die Naherholungsfunktion des Waldes weiterhin ermöglichen.
- Wir setzen uns für eine Forstwirtschaft mit standortangepassten Mischwäldern ein, die einen Fokus auf die heimische Pflanzenwelt legt. Totholz soll im Wald belassen werden.

Wir wollen einen aktiven Gewässer- und Wasserschutz.

- Wir treiben den Bau einer vierten Klärstufe voran.
- Wir sorgen für einen nachhaltigeren Umgang mit unserem Grund- und Trinkwasser. Jedes Wasserschutzgebiet genießt dabei einen hohen Stellenwert.
- Fließgewässer schützen wir durch hinreichende Pufferzonen zu Landwirtschaft, Bebauung und Straßen. Bielefelder Flussläufe werden wir gemäß EU-WRRRL renaturieren.
- Natürlichen Retentionsräumen werden wir, wenn räumlich möglich, den Vorzug vor technischen Bauwerken geben (Beispiel: Quelle-Alleestraße).
- Wir entwickeln ein Regenwasserkonzept, das eine gezielte Bewässerung der städtischen Grünflächen durch Regenwassernutzung vorantreibt ebenso wie die Nutzung des Regenwassers in öffentlichen Gebäuden.
- Die Lutter-Freilegung, die ein Erfolgsprojekt, im Sinne einer Kooperation zwischen Stadt und Bürgerschaft ist, werden wir zu Ende führen. Dafür werden wir die Lutter zwischen Teutoburger Straße und Stauteich I freilegen und einen Lutterpark Richtung Heepen umsetzen. Wir prüfen, ob auch mit Blick auf Stadtklimaeffekte weitere Stadtgewässer freigelegt oder geschaffen werden können und erstellen dabei Konzepte für das Gesamtgewässer von der Quelle bis zur Mündung.
- Die Johannisbachaue werden wir unter Naturschutz stellen.

Das Thema Abfall werden wir angehen.

- Wir organisieren die Entsorgung möglichst lokal (auch im Bereich Klärschlamm) und werden das Restmüllaufkommen reduzieren.
- Das Kreislaufwirtschaftsgesetz wollen wir nutzen, um die Wiederverwendungsquote zu erhöhen. Zur Umsetzung werden die Sperrmüll-Kooperation gestärkt und Second-Hand-Kaufhäuser und Repair-Cafés unterstützt.
- Wir legen fest, dass bei Stadtfesten auf Einweggeschirr verzichtet wird. Wir wollen darauf hinwirken, dass bei Veranstaltungen und in der Gastronomie Mehrweggeschirr oder komplett recyclebares Geschirr genutzt wird. Der Einsatz von nicht-recyclebaren Verbundstoffen soll vermieden werden.
- Wir steigern das Bewusstsein für Müllvermeidung und -entsorgung bei Verbraucher*innen bzw. Bürger*innen und Handel durch Kampagnen zu einem nachhaltigen Konsum.
- Maßnahmen zur Implementierung der Kreislaufwirtschaft (Cradle-to-Cradle) und die stärkere Verankerung von Nachhaltigkeitskriterien werden wir prüfen.

Soziales

Starke Prävention ist die beste Sozialpolitik. Soziale Einrichtungen müssen erhalten und gestärkt werden. Wir stehen für die nachhaltige Absicherung des sozialen Netzes durch die zielgerichtete Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Träger*innen. Wir stärken die Prävention, indem wir weiterhin wirksame Präventionsangebote im sozialen Bereich gezielt fördern und nach Möglichkeit ausbauen.

- Die bewährte Zusammenarbeit zwischen Stadt und freien Träger*innen zur Vermeidung oder Abmilderung sozialer Probleme sowie zur Verbesserung des Zusammenhalts werden wir fortsetzen. Dabei ist uns wichtig, die Menschen zu stärken, damit sie aus eigener Kraft ihr Leben gestalten können.

- Wir werden auf der Grundlage des Lebenslagenberichts kommunale Möglichkeiten zur Verhinderung von Armut entwickeln.
- Wir streben an, in Zusammenarbeit mit der Landesregierung und lokalen Expert*innen der Drogenberatung ein Modellprojekt zur legalen Cannabis-Abgabe zu initiieren. Dies bedarf einer gründlichen Vorbereitung.

Das soziale Netz werden wir weiterentwickeln.

- Die Leistungs- und Finanzierungsverträge (LuF) mit freien Träger*innen werden wir erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wir werden die LuF bei Neuverhandlungen darauf prüfen, ob die Gelder angemessen allen Zielgruppen in der Stadtgesellschaft zugute kommen. Tariftreue muss gewährleistet sein.
- Gerade bei jungen Menschen gibt es viele Probleme mit Internet- und Computerspielabhängigkeiten sowie exzessiver Smartphone-Nutzung. Infolge der Corona-Pandemie haben diese Probleme weiter zugenommen. Wir wollen bei den Leistungsverträgen den Schwerpunkt „Spielsuchtberatung“ um den Bereich „Mediensucht“ ergänzen und weiterentwickeln.
- Die Pandemie hat die Situation für vulnerable Gruppe deutlich verschärft – die soziale Infrastruktur gilt es hier zu stärken. Insbesondere für die Absicherung von Schutzprojekten und -initiativen wie den Frauenhäusern und dem Mädchenhaus und Angeboten für Wohnungslose stehen wir ein.
- Bielefeld ist ein sicherer Hafen! Wir stehen hinter dem Ziel, mehr Geflüchtete aufzunehmen und ihnen eine Perspektive in Bielefeld zu bieten. Eine menschenwürdige Unterbringung und Teilhabemöglichkeiten sind für uns selbstverständlich und müssen auch unter Pandemie-Bedingungen gewahrt bleiben.
- Das Konzept des „Grünen Würfels“ auf dem Kesselbrink wird weiterentwickelt. Hierfür wollen wir ebenso das Umfeld mit in den Blick nehmen, wie z. B. das Ostmannturmviertel. Ein Ankauf des „Grünen Würfels“ wird angestrebt.
- Die beschlossene Einführung der „BildungsCard“ soll die Nutzung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verbessern. Die Anspruchsberechtigten werden darüber informiert, dass diese Mittel auf Antrag auch bar ausgezahlt werden können. Nach einer Evaluierung ist über die Weiterführung der „BildungsCard“ zu entscheiden.

Wir setzen auf einen verbesserten Zugang zu Transferleistungen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Bielefeld (incl. Jobcenter) weiterhin der gesetzlichen Verpflichtung nachkommt, über die verschiedensten Transferleistungen umfassend und leicht verständlich zu informieren. Dabei soll die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit bei den Formularen und Bescheiden zunehmen, um negative Folgen für Antragsteller*innen zu vermeiden. So kann die Kommunikation zwischen den Bürger*innen und Dienststellen verbessert werden.
- Im Internet werden die sozialen Leistungen und weitergehenden Angebote, wie z. B. Vergünstigungen mit dem Bielefeld-Pass und Beratungsangebote in verständlicher Sprache und in verschiedenen Sprachen übersichtlich zusammengestellt.

- Die Mitarbeitenden werden regelmäßig mit entsprechenden Fort- und Weiterbildungen geschult, um einen offenen und freundlichen Umgang mit den Bürger*innen weiterhin zu gewährleisten. Bei Überlastungen, besonders nach konfrontierenden Situationen, soll die Stadt geeignete Maßnahmen zur Entlastung einleiten.
- Wir unterstützen die Sachbearbeiter*innen des Jobcenters bei den Bemühungen, weitgehend auf Sanktionen gegenüber den Anspruchsberechtigten zu verzichten – besonders, wenn davon in der Folge Kinder betroffen sind.

Wir werden die Infrastruktur für Senior*innen bedarfsgerecht weiterentwickeln.

- In Bielefeld verfügen wir über ein funktionierendes Netzwerk von wohnortnahen Einrichtungen zur Versorgung und Beratung sowie Treff- und Begegnungszentren für Senior*innen. Dieses werden wir erhalten und nach Bedarf weiterentwickeln. Ein besonderes Augenmerk richten wir auf Senior*innen mit spezifischen Bedürfnissen (z. B. Menschen mit Migrationsgeschichte, verschiedener geschlechtlicher Orientierung oder Menschen mit Teilhabeeinschränkungen). Die Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement wollen wir fördern, denn dieses wirkt Vereinsamung entgegen.
- Immer mehr Menschen sind im Alter auf materielle Hilfen angewiesen. Wir werden alles kommunal Machbare tun, um die Entstehung von Altersarmut zu verhindern und allen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.
- Wir wollen, dass Menschen aller Altersgruppen eine gute Infrastruktur und Versorgung in den Quartieren vorfinden. Den Mobilitätsbedürfnissen von Senior*innen werden wir durch barrierefreie Straßen, Gebäude, öffentliche Plätze sowie einen barrierefreien ÖPNV gerecht. Auch um geeignete Sitz- und Aufenthaltsgelegenheiten und mehr öffentliche Toiletten werden wir uns kümmern.
- Altengerechte, generationenübergreifende oder inklusive Wohnprojekte werden wir fördern.
- Die Arbeit des Senior*innenrates werden wir weiterhin unterstützen. Er ist ein wichtiger Impulsgeber und Partner für die Berücksichtigung der Interessen von Senior*innen in unserer Stadt.

Wir treten für eine am Menschen orientierte Pflege ein.

- Wir werden das bewährte und deutschlandweit bekannte „Bielefelder Modell“ stärken und ausbauen. Alternative Wohnformen können helfen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Unterstützung zu vereinfachen.
- Wir unterstützen wohnortnahe Pflege im Quartier. Hierfür werden wir gemeinsam ein Modellprojekt auf den Weg bringen.
- Wir unterstützen den Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen, um Familien konkret zu entlasten.
- Wir richten einen präventiven Besuchsdienst ein.

Es besteht der Bedarf, den öffentlichen Gesundheitsdienst dauerhaft zu stärken und auszubauen. Die Corona-Pandemie hat Mängel in personeller und struktureller Hinsicht aufgedeckt, die wir zielgerichtet beseitigen werden.

- Die ärztliche (insbesondere Allgemein- und Kinderärzt*innen) Versorgung in den Stadtteilen werden wir durch geeignete, kommunal mögliche Maßnahmen verbessern. Die Errichtung von medizinischen Versorgungszentren unterstützen wir dabei.
- Die kommunale Gesundheitskonferenz soll gestärkt werden, damit wir zukünftig besser auf die gesundheitlichen Herausforderungen und bedarfsgerechte Versorgung reagieren können. Es ist vonnöten, dass auch die politischen Akteur*innen der im Rat vertretenen Fraktionen in die Gesundheitskonferenz involviert sind.
- Es werden Maßnahmen entwickelt, um die Gesundheitskompetenz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und zu fördern.
- Wir unterstützen die Einführung von digitalen medizinischen Sprechstunden.
- Das kommunale Gesundheitsamt wird nachhaltig in die Lage versetzt, seine vielfältigen Aufgaben erledigen zu können.
- Wir unterstützen die Etablierung einer Medizinischen Fakultät an der Uni Bielefeld. Wir erhoffen uns weitere Impulse – auch für die Stadtgesellschaft.

Wir werden weiterhin alle kommunalen Möglichkeiten nutzen, um Bielefelder*innen eine Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

- Die bewährte Zusammenarbeit mit der Regionalen Personalentwicklungsgesellschaft mbH (REGE) und dem Jobcenter wollen wir deshalb ebenso fortsetzen und intensivieren wie mit den Wirtschaftsverbänden und der Arbeitsgemeinschaft Gemeinnütziger Beschäftigungsinitiativen (AGBI).
- Die Möglichkeiten des Teilhabechancengesetzes wollen wir nutzen, um zusätzliche Tätigkeitsbereiche und ggfs. zusätzliche Stellen zu erschließen und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Kombinationsmodelle im Bereich der Nahmobilität sind dabei ebenso denkbar wie quartiersbezogene Programme im Rahmen von INSEK-Maßnahmen. Hierbei streben wir eine Zusammenarbeit mit bewährten Träger*innen (AGBI) sowie mit städtischen Einrichtungen an.
- Das Problem fehlender Praktikums- und Ausbildungsplätze werden wir durch gezielte Ansprache von Unternehmen sowie die Prüfung zur Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsmöglichkeiten durch die Arbeitsagentur unverzüglich angehen. Insbesondere im Bereich der Pflege- und Erziehungsberufe sehen wir einen Bedarf, den wir gezielt in den Blick nehmen werden. Dazu wollen wir auf der Basis der Ausbildungsinitiative Dialoge zwischen der IHK, der Handwerkskammer, dem Jobcenter und der REGE einrichten. Ebenso wollen wir zusätzliche Coachingangebote für die Jugendlichen etablieren, die in dem letzten und diesem Jahr vor besonderen Herausforderungen stehen.
- Für Menschen über 25 Jahre, die noch keine gesicherte Berufslaufbahn einschlagen konnten, wollen wir analog zum „Kölner Bildungsmodell“ gemeinsam mit der heimischen Wirtschaft, der REGE und dem Jobcenter passgenaue Angebote entwickeln und umsetzen.
- Um die Beteiligung der Betroffenen zu stärken und eine bessere Mitwirkung bei der Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zu ermöglichen, werden wir in der Jugendberufsagentur einen Jugendlichenbeirat einrichten.
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich das Jobcenter kundenorientiert weiterentwickelt.

Bielefeld ist und bleibt eine vielfältige, bunte und weltoffene Stadt. Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben keinen Platz in unserer Stadt! Wir lehnen jegliche Form der Diskriminierung ab und setzen uns nachdrücklich für ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner*innen unserer Stadt ein.

- Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bündnissen stärken. Deshalb stellen wir zusätzliche Haushaltsmittel für die Umsetzung des „Handlungskonzepts gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ zur Verfügung. Insbesondere die jährlichen „Wochen gegen Rassismus“ unterstützen wir mit Nachdruck.
- Die kommunalen Einrichtungen zur Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir durch eine gute Ausstattung für Personal und Projekte.
- Die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums (KI) unterstützen wir und bauen sie bedarfsgerecht aus.
- Die bewährten Strukturen des Konzepts „Bielefeld integriert“ entwickeln wir weiter.
- Die Arbeit des Integrationsrates unterstützen und fördern wir.
- Das Netzwerk der Migrant*innen-Selbstorganisationen wollen wir gemeinsam mit den Akteur*innen weiterentwickeln und enger mit der kommunalen Integrationsarbeit verzahnen. Dabei hoffen wir auf engere strukturelle Zusammenarbeit zwischen den Migrant*innen-Selbstorganisationen, der freien Wohlfahrtspflege und den weiteren Akteur*innen und Vereinen.
- Die Entwicklung von vielfältigen und quartiersnahen Sprach- und Integrationsmaßnahmen ist weiterhin ein wichtiger Baustein, um die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu fördern.
- Das kommunale Integrationsmanagement übernimmt dabei eine steuernde Funktion.
- Die Einbürgerung von Migrant*innen wollen wir vereinfachen und wertschätzender in der kommunalen Gesellschaft verankern (z. B. Einbürgerungsfeiern).

Alle Menschen, die in Bielefeld leben, sollen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir verurteilen jede Form von Diskriminierung und kämpfen gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen für eine umfassende Gleichstellung.

- Wir setzen uns weiterhin engagiert ein für die Gleichberechtigung von Frauen u. a. durch gleiche Bezahlung, Quotenregelungen und konsequentes Vorgehen gegen Hass und Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die Arbeit der städtischen Gleichstellungsstelle unterstützen wir nachhaltig.
- Das Netzwerk von frauen- und Mädchenspezifischen Einrichtungen, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen unterstützen und fördern wir weiterhin bedarfsgerecht.
- Die Initiativen, Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen der LSBTI* werden wir ebenfalls weiter unterstützen. Den Aktionsplan zur Gleichstellung von LSBTI* wollen wir umsetzen und weiterentwickeln mit dem Ziel, ein kommunales Diversitätskonzept zu erarbeiten.
- Wir wollen städtische Institutionen durch die Einführung einer geschlechtergerechten Sprache diskriminierungsfreier machen.
- Wir sind für eine geschlechtergerechte kommunale Finanzpolitik und unterstützen die Einrichtung von „Gender-Budgeting“.

- Bei der Erbringung von Leistungen im Rahmen von Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen soll das Kriterium der Gendergerechtigkeit von Angeboten eine große Rolle spielen. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass durch Kita- und Schulprojekte bzw. in der Ausbildung von Fachkräften über geschlechtliche Vielfalt und Gendergerechtigkeit aufgeklärt wird.
- Wir möchten mehr öffentliche Anerkennung für Frauen durch Namensgeberinnen für Straßen und Plätze.

Bürger*innen-Beteiligung und Ehrenamt

Wir werden Bürger*innen stärker in Planungen einbeziehen und ihre Vorschläge mit ihnen erörtern. Partizipation stärkt die Demokratie und fördert den Zusammenhalt in unserer Stadt.

- Wir schaffen mehr Beteiligungsmöglichkeiten, indem wir eine Beteiligungsstrategie (Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung) entwickeln und umsetzen.
- Kinder und Jugendliche sollen mehr Mitspracherechte und Beteiligungsmöglichkeiten erhalten (wie beispielsweise Jugendparlament).
- Die Arbeit des Klimabeirats fördern und unterstützen wir.
- Wir richten die Stelle einer/eines Partizipationsbeauftragten bei der Verwaltung ein.
- Die Finanzierung der Demokratieprojekte setzen wir fort.
- Wir entwickeln gemeinsam mit Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, Vereinen und Verbänden eine Ehrenamtsstrategie und werden diese perspektivisch durch eine*n Ehrenamtskoordinator*in stärken.
- Wir werden die EngagementCard bekannter machen und aufwerten, indem wir die bestehenden Bonusangebote ausweiten.
- Wir werden uns für die Vergabe eines städtischen Zertifikats für ehrenamtsfreundliche Unternehmen einsetzen.

Kinder und Jugend

Das Bielefeld von Morgen wird durch die Kinder und Jugendlichen von Heute geprägt. Die Grundlage für eine gute Zukunft wird bereits in der KiTa gelegt. Daher muss allen ein problemloser Zugang gewährleistet werden.

- Wir streben langfristig ein weiteres beitragsfreies Jahr an. Hier ist jedoch auch die Landesregierung in der Pflicht. Durch eine Anpassung der Beiträge werden wir die Familien jedoch bereits kurzfristig weiter entlasten.
- Der weitere Ausbau von KiTas wird vorangetrieben. Dafür werden bei der Stadt Planungskapazitäten und Personal zur Verfügung gestellt.
- Es werden Kriterien für die Vergabe an Träger*innen erstellt.
- Wir schaffen Rahmenbedingungen, um flexiblere Öffnungszeiten in den KiTas zu ermöglichen.
- In den Bielefelder KiTas steigern wir die Qualität des Essens durch Verwendung von frischen, regionalen und saisonalen Produkten.

Kindern und Jugendlichen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich neben der Schule Freiräume zur persönlichen Entwicklung zu schaffen. Wir wollen diese Freiräume ermöglichen und die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in der Gesellschaft stärken.

- Wir werden die Offene Kinder und Jugendarbeit erhalten und stärken. Insbesondere sollen die mobilen Angebote ausgeweitet werden, um möglichst viele Kinder und Jugendliche erreichen zu können.
- Das Konzept des „Grünen Würfels“ wird weiterentwickelt. Hierbei sollen insbesondere Bedarfe von Kindern und Jugendlichen mehr Beachtung geschenkt werden. Dabei wird der Kesselbrink in die Überlegungen mit einbezogen.
- Die Konzepte im Ostmanturm-Viertel werden weitergeführt und fließen in die Konzeption des „Grünen Würfels“ ein.
- Jugend braucht Orte für ihre Kultur. Deshalb werden wir Jugendzentren sanieren und erneuern, die unter anderem geeignete Probe- und Veranstaltungsräume für Bands und Musikinitiativen bieten. Darüber hinaus bringen wir eine Prüfung für ein neues Jugendkulturhaus auf den Weg. Zuvor werden die Bedarfe und Möglichkeiten von bestehenden Jugendzentren evaluiert, die in die Prüfung einbezogen werden.
- Es soll ein Fokus auf die Spielflächenplanung für Kinder und Jugendliche gelegt werden.
- Spielplätze sollen inklusionsgerecht ausgestaltet werden. Dafür werden messbare Vorgaben erstellt. Ziel ist ein möglichst vielfältiges Angebot, das zusammen mit Kindern mit Einschränkungen erarbeitet wird.
- Auf Spielplätzen, aber auch in Einrichtungen wie KiTas, werden Angebote zum Gärtnern geschaffen werden.
- Kinder und Jugendliche bekommen mehr Möglichkeiten, sich an politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen.
- Es wird bei der Stadt Bielefeld die Stelle eines/einer Beauftragte*n für Kinder und Jugendliche eingerichtet.
- Auch in KiTas sollen Beteiligungsformen umgesetzt werden.

Schule

Alle Kinder sollen die gleichen Chancen auf bestmögliche schulische Ausbildung bekommen. Unabhängig vom Stadtteil, in dem sie leben oder zur Schule gehen, unabhängig vom Geldbeutel und den Bildungserfahrungen der Eltern. Wir wollen der wachsenden Stadt beste Schulbildung bieten, die fair, gerecht, inklusiv, diskriminierungsfrei und wohnortnah ist. Schulen müssen ein attraktiver, gesunder Arbeits- und Lernort sein, in denen den Schüler*innen respektvoll auf Augenhöhe begegnet wird.

Die Schulentwicklung werden wir vorantreiben.

- Wir wollen die richtigen Schulangebote für alle schaffen. Die individuell passende Förderung der Schüler*innen und die Beachtung des Elternwillens sind unsere Kernanliegen.
- Aus dem bisherigen und aktuellen Anmeldeverhalten ergibt sich nach aktuellem Stand die Notwendigkeit, ein Angebot mit Abiturabschluss für zusätzlich zehn Schulzüge bis zum Schuljahr 2025/2026 zu schaffen. Gleichzeitig wollen wir die zuletzt gestiegene Zahl von Schüler*innen verringern, die aus dem Gymnasium in eine andere Schulform wechseln

müssen, indem wir auf integrierte und inklusive Angebote mit Abiturzugang setzen. Über die Vorteile integrierter Schulangebote wollen wir aufklärend informieren.

- Den Bedarf an zwei weiteren Zügen haben wir durch die Erweiterung der Zügigkeiten vom Ceciliengymnasium und dem Gymnasium Am Waldhof um jeweils einen Zug auf jeweils vier Züge gedeckt.
- Wir wollen einen Bildungscampus gründen, der ein dreizügiges Gymnasium und eine drei- oder vierzügige integrative Schule umfasst. Die Angebote sollen integrativ und soweit wie möglich auch inklusiv sein und Angebote des gemeinsamen Lernens bieten. Teil dieses Bildungscampus soll daher auch ein Förderzentrum sein. Wir wollen darauf achten, dass die Schulen im Bildungscampus eng vernetzt und auf die beste Förderung der Schüler*innen schulübergreifend ausgerichtet sind.
- Der Standort für den Bildungscampus soll bis zum Sommer 2022 feststehen und gesichert sein. Bis dahin ist in Abhängigkeit von den rechtlichen Möglichkeiten und dem Anmeldeverhalten der Eltern zu entscheiden, in welcher Schulform das integrative und inklusive Schulangebot entwickelt werden soll.
- Für den Fall, dass am Bildungscampus das integrative Schulangebot in Form einer vierzügigen Gesamtschule möglich ist (Variante A), werden wir dies verfolgen, denn die Gesamtschule ist die überzeugendste integrative Schulform mit eigenem Abiturzugang. Ausgehend davon, dass die Hälfte der Schüler*innen dieser Gesamtschule ein Oberstufenangebot verfolgen, hätten wir mit der Gesamtschule eine Bedarfsdeckung von zwei Zügen und mit dem Gymnasium eine Bedarfsdeckung von drei weiteren Zügen erreicht. Es müssten dann noch drei weitere gymnasiale Züge an anderen Stellen entwickelt werden, um die erforderliche Gesamterweiterung von zehn Zügen zu erreichen.
- Wir werden dann die Vor- und Nachteile zwischen der Option (Variante A 1), drei weitere Gymnasien um jeweils einen Zug zu erweitern, und der Option (Variante A 2), ein weiteres dreizügiges Gymnasium zu gründen, prüfen, abwägen und entscheiden. Dabei werden wir die pädagogischen Überlegungen aus Sicht der betroffenen Gymnasien genauso wie die räumlichen und weiteren Umsetzungsmöglichkeiten bedenken. Auch diese Entscheidung soll bis zum Sommer 2022 durch Prüfungen vorbereitet sein.
- Für den Fall, dass am Bildungscampus das integrative Schulangebot nicht in Form einer Gesamtschule möglich ist, wollen wir dort neben dem dreizügigen Gymnasium eine dreizügige Sekundarschule entwickeln (Variante B). Die Sekundarschule trägt nicht unmittelbar zur Deckung des gymnasialen Bedarfs bei. Es müssten dann noch fünf weitere gymnasiale Züge an anderen Stellen entwickelt werden, um die erforderliche Gesamterweiterung von zehn Zügen zu erreichen.
- Wir werden dann die Vor- und Nachteile zwischen der Option (Variante B 1), fünf weitere Schulen um jeweils einen Zug zu erweitern und der Option (Variante B 2), ein weiteres dreizügiges Gymnasium zu gründen und zwei weitere Gymnasien um jeweils einen Zug zu erweitern prüfen, abwägen und entscheiden. Dabei werden wir die pädagogischen Überlegungen aus Sicht der betroffenen Gymnasien genauso wie die räumlichen und weiteren Umsetzungsmöglichkeiten bedenken. Auch diese Entscheidung soll bis zum Sommer 2022 durch Prüfungen vorbereitet sein.

- Die Martin-Niemöller-Gesamtschule soll zügig zu einem attraktiven Schulzentrum an zwei Standorten weiterentwickelt werden. Die LINKEN nehmen den Beschluss aus 2018 zur Kenntnis und werden die Realisierung, insbesondere die verkehrliche Situation sowie die Kostenentwicklung des Bauprojekts, kritisch begleiten.
- Zur neuen Schule gehört eine gefahrlose Verbindung der beiden künftigen Schulstandorte und ein Verknüpfungspunkt von Bahn und Bus in mindestens gleicher Qualität und direktem gefahrlosen Zugang zu den beiden Schulstandorten und dem Sportgelände. Besondere Bedeutung kommt der Gestaltung des Außengeländes zu. Ein ausreichender Lärmschutz an der Westerfeldstraße ist sicherzustellen. Der Altstandort wird in einer Bürgerbeteiligung (partizipativer Prozess) mit Schildescher Bürger*innen entwickelt. Hierbei sollen gemeinwohlorientiert vor allem soziale und kulturelle Einrichtungen – wie ein Bürgerzentrum/Freizeitzentrum, eine Kita, ein Jugendtreff, eine Förderschule, ein Hallenbad – realisiert werden.
- Wir gründen drei weitere Grundschulen.
- Schon bei der Planung von (Grund)Schulen berücksichtigen wir die individuellen sozialen Herausforderungen eines Standorts und planen dementsprechend städtisches Unterstützungspersonal ein. Schulen in Quartieren mit hoher bildungsrelevanter Belastung und Schulen des gemeinsamen Lernens werden wir finanziell besonders unterstützen.
- Wir streben – angefangen mit der Primarstufe – Quartiersschulen an, die das Quartier in die Schule rücken und Kindern und ihren Familien Unterstützung bieten – ähnlich wie jetzt schon die Familienzentren.
- Wir unterstützen die Zusammenarbeit zwischen Grund- und weiterführenden Schulen.
- Kinder mit unbefriedigenden Noten werden zu häufig zu schnell in eine andere Schulform versetzt und so aus ihrem sozialen Umfeld gerissen. Durch starke integrative Systeme und eine Kultur des Behaltens wollen wir dies vermeiden.
- Unser Ziel ist eine stärkere Durchmischung; Schuleinzugsbereiche sind ein wichtiges Instrument zur Stärkung von „schwachen Schulen“, besonders Schulen mit hoher bildungsrelevanter Belastung.
- Wir erhöhen dauerhaft die Stundenkontingente für Sekretariate und nehmen eine generelle Bedarfsermittlung des Schulpersonals vor.
- Wir schaffen und stärken multiprofessionelle Teams und sorgen für gute Ausstattung sowie Arbeits- und Rahmenbedingungen. Zudem starten wir eine Qualifizierungsoffensive für unterstützendes Personal wie Schulbegleiter*innen.
- Umwelt- und Demokratiebildung erhalten einen hohen Stellenwert – dafür stärken wir vor allem außerschulische Lernorte.
- Wir wollen Schulhöfe perspektivisch zugänglich halten. Dabei betrachten wir jede Schule individuell und in Absprache mit der jeweiligen Schule. Wir wollen vor der Einzäunung vorrangig andere Lösungen für das Problem des Vandalismus ausarbeiten und alternative Angebote unter Einbeziehung der Jugendhilfe und der Bezirke schaffen.
- Wir werden Schulwege noch sicherer machen – durch Tempo 30, bessere Fuß- und Radwege, sichere Straßenübergänge und attraktive Alternativen zum Elterntaxi.

Inklusion stärken wir.

- Alle Grundschulen sollen inklusiv werden, um Brüche in Bildungsbiographien zu verhindern.
- Schulen des Gemeinsamen Lernens werden wir bedarfsgerecht mit räumlichen Kapazitäten ausstatten und z. B. durch einen höheren Anteil kommunaler Schulsozialarbeiter*innen-Stellen fördern und stärken.
- Wir wollen Förderschulen zu Förderzentren umbauen, um deren Knowhow zugänglich zu machen. Zusammen mit der Uni/FH bauen wir ein Netzwerk Inklusion in Bielefeld auf.
- Wir sorgen durch Diagnostik an Schulübergängen für eine schulscharfe Datenlage zum Förderbedarf und zum Stand der Inklusion und nutzen diese Datenlage bei der Mittelverteilung für die Schulen.

Den Ganzttag bauen wir aus.

- Mit einer Initiative Ganzttag bauen wir die Offene Ganzttagsschule (OGS) weiter aus und sichern so, dass wir den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2025 erfüllen.
- Wir sorgen für eine bessere finanzielle Ausstattung der OGS-Träger*innen, um die Qualität zu verbessern und eine angemessene Bezahlung sicherzustellen.
- Wir stehen für faire und tarifgebundene Löhne, daher werden wir nur mit tarifreuen OGS-Träger*innen zusammenarbeiten.
- Wir überarbeiten die OGS-Gebührensatzung mit dem Ziel der weiteren Entlastung von Familien.
- Wir werden die OGS über die Schule in einem professionellen Rahmen organisieren. Die Stadt garantiert, dass zu vereinbarenden Qualitätsmerkmale im Rahmen des Ganztags gesetzt werden und Träger*innen zur Gestaltung eingebunden werden.
- Wir schaffen Anreize, damit Schulen vom offenen auf den gebundenen Ganzttag umsteigen.
- Wir unterstützen das Prädikat *Klimagesunde Schulküche* (mehr vegetarisch als Fleisch). An allen Schulen soll es ein gesundes, frisches, regionales, saisonales und möglichst biologisch erzeugtes Mittagessen geben. Eine Essensauswahl sollte vegane, zumindest aber vegetarische Speisen berücksichtigen.

Schulen werden wir zügig digitalisieren.

- Wir wollen die technische Ausstattung an Schulen verbessern, die Mindestausstattung an Schulen sollte Glasfaserleitung, flächendeckendes WLAN, Beamer/Monitore inkl. Set-Top-Box zur Übertragung von Endgeräten auf die Projektionsfläche in allen Klassen- und Fachräumen beinhalten. Schulen müssen dafür die finanziellen Ressourcen erhalten, um die laufenden Kosten der technischen Einrichtungen tragen zu können.
- Wir setzen uns dafür ein, dass allen Schüler*innen ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt wird.
- Alle Schulen in Bielefeld sollen dauerhaft mit einer innovativen, interaktiven und benutzerfreundlichen Lernplattform ausgestattet werden. Diese soll sowohl pädagogische als auch schulverwalterische Unterstützung bieten.
- Austauschplattformen mit Best-Practice-Beispielen für Schulen und Lehrkräfte sollen besser aufgebaut, mit Leben gefüllt und beworben werden. Außerdem soll eine datenschutzrechtlich sichere Plattform zum Austausch von Daten und Dokumenten unter Lehrkräften bereitgestellt und beworben werden.

- Die Schulen brauchen Unterstützung bei der Planung, Bedienung und Wartung der vielfältigen Medien. Dafür wollen wir IT-Fachkräfte einstellen, die vor Ort ansprechbar und für die Wartung und den Betrieb der Technik in Schulen zuständig sind. Lehrkräfte dürfen nicht gezwungen sein, neben dem Unterricht den Betrieb der Technik zu gewährleisten.
- Nicht alle Schulen sind personell gleich ausgestattet, deshalb brauchen einige Schulen Unterstützung bei der Erstellung der medienpädagogischen Konzepte. Die Lehrkräfte müssen darin eingebunden werden.

Aufstieg muss barrierearm möglich sein.

- Wir unterstützen Jugendliche aus „bildungsfernen“ Familien beim Übergang von Schule und Beruf oder Universität – wir streben eine möglichst schulnahe Umsetzung an.
- Bestehende Systeme der Berufsorientierung – etwa bei der REGE und anderen Träger*innen – stärken wir kommunal und weiten sie aus.

Kultur

Kultur ist ein essenzieller Bestandteil des friedlichen und bereichernden Zusammenlebens in Bielefeld. Insbesondere während, aber auch nach der Corona-Pandemie, gehört das kulturelle (Er-)Leben zu den am meisten beeinträchtigten Lebensbereichen. Für uns ist klar: Wir unterstützen und erhalten die kulturelle Vielfalt in Bielefeld, dazu gehören die städtischen Kultureinrichtungen und die freie Szene.

Wir unterstützen die Kulturentwicklungsplanung und entwickeln sie mit den Kulturakteur*innen weiter - in das neue Jahrzehnt. Sie soll sich vielfältiger, diverser und vor allem auch in den Stadtbezirken entfalten. Kultur muss für ALLE da sein – alle sind eingeladen, Kultur nicht nur zu erleben, sondern auch aktiv selbst zu schaffen. Kulturelle Bildung stärkt die Fähigkeiten der*des Einzelnen, die Perspektive zu wechseln, andere zu verstehen, Probleme gemeinsam zu lösen.

Die facettenreichen kulturellen Angebote prägen ganz wesentlich die Attraktivität unserer Stadt.

- Wir werden die kulturelle Vielfalt dieser Stadt erhalten und ausbauen. Insbesondere angesichts der Aus- und Nachwirkungen der Corona-Pandemie auf die Kulturszene ist der Erhalt der Infrastruktur unerlässlich. Dazu gehört neben der freien Szene auch unser 3-Sparten-Theater. Dieses wollen wir durch notwendige Investitionen in den verschiedenen Spielstätten zukunftsfähig aufstellen.
- Das Kulturhaus Ostblock möchten wir langfristig absichern, wenn nötig auch jenseits des bisherigen Standorts.
- Das Bekenntnis zur eigenen Geschichte ist die Grundlage für die Entwicklung einer demokratischen und zukunftsfähigen (Stadt-)Gesellschaft. Deshalb werden wir die kommunale Erinnerungsarbeit weiterentwickeln und den „Tag der Erinnerung“ am 04. April jedes Jahres stärker in der Stadtgesellschaft verankern. Wir fördern die Entwicklung eines digitalen Stadtplans zu Orten der kommunalen Erinnerungskultur.
- Wir fördern verstärkt Fahrten von Schüler*innen und jungen Erwachsenen zu Gedenkstätten der NS-Geschichte.
- Hierzu gehört für uns auch die Gedenkstätte Stalag 326, vor den Toren der Stadt Bielefeld. Wir begrüßen den geplanten Ausbau der Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-

Stukenbrock. An diesem Erinnerungsort muss die gegenwartsbezogene Aufarbeitung der Verbrechen der Wehrmacht und der Ermordung tausender sowjetischen Kriegsgefangenen weiterhin im Mittelpunkt stehen. Für die Beteiligung unserer Stadt an einer Träger*innenschaft setzen wir auf Transparenz und Mitbestimmung an der inhaltlichen und baulichen Planung.

- Wir begrüßen eine bessere Vernetzung der Museumslandschaft in Bielefeld. Wir unterstützen die Zusammenarbeit im Museumsdreieck in der Bielefelder Altstadt. Auch die städtischen Museen werden auf dem Weg zu einer besseren Vernetzung von uns unterstützt. Hierbei werden wir vor allem neue und innovative „crossover“-Vermittlungsangebote ausbauen.
- Wir wollen in den Stadtbezirken Graffiti-Wände für die Sprayer-Szene und für Jugend-Projekte im Bereich „Street-Art“ zur Verfügung stellen.
- Die Stadt Bielefeld macht – ähnlich wie das „Frauenorte“-Projekt – das Lebenswerk starker Bielefelder Frauen sichtbar, erinnert an Vergessene und fordert zur kritischen Auseinandersetzung heraus.

Zu einer reichen und diversen kulturellen Landschaft in Bielefeld gehört ebenso eine auskömmliche Finanzierung.

- Wir werden die Projektförderung der Stadt Bielefeld auf 150.000€ erhöhen.
- Außerdem werden wir die Investitionsförderung auf 50.000€ verdoppeln.
- Das Kulturamt halten wir für eine Schlüsselinstitution. Wir unterstützen das Kulturamt in seiner Transformation zum Partner, Dienstleister und Fundraiser für die freie Szene.

Wir wollen Kultur in der ganzen Stadt, in den Bezirken und Quartieren, im öffentlichen Raum und an ungewöhnlichen Orten. Dazu fördern wir nach den Corona-bedingten Einschränkungen zeitnah Kulturangebote („umsonst und draußen“) und schaffen offene Bühnen in Parks, auf Parkplätzen und Straßen. Dabei beziehen wir auch Stadtteilbibliotheken und Bürgerzentren mit ein und ermöglichen niedrigschwellige und bürger*innennahe Events.

- Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das Naturkundemuseum den Spiegel'schen Hof verlassen kann und eine neue Heimat im Ravensberger Park findet. Dies bietet eine enorme Chance, den Ravensberger Park als einen innenstadtnahen Kulturpark zu entwickeln und damit attraktiver zu gestalten.
- Gemeinsam mit der Kunsthalle möchten wir den Skulpturenpark der Kunsthalle perspektivisch in Richtung Kunstforum Hermann Stenner weiterentwickeln, um das Museumsdreieck auch städtebaulich zu verankern.
- Die Weiterentwicklung der Rudolf-Oetker-Halle als überregional bekanntes Konzerthaus und als Heimat des philharmonischen Orchesters wird weiter verfolgt und die programmatische Neuausrichtung von uns unterstützt.
- Kunst im öffentlichen Raum soll verstärkt Geltung erfahren. Das begonnene dreijährige Projekt von Bestandsaufnahme und wissenschaftlicher Begleitung soll personell und finanziell verstetigt werden.

Die geplante Sanierung der Kunsthalle wird von uns weiterhin umgesetzt. Während der Sanierungszeit möchten wir die Kunsthalle darin unterstützen, mit der Sammlung alternative Kunstorte in der Stadt aufzusuchen.

Zentrales Thema unserer kulturpolitischen Vorhaben waren und ist weiterhin die Teilhabe an kulturellen Angeboten. Kultur muss allen Menschen zur Verfügung stehen, unabhängig von Herkunft und Einkommen.

- Eintrittspreise, auf die die Stadt Bielefeld Einfluss hat, sollen gemäß einer sozialen Staffelung angepasst werden. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren sollen kostenlos die Museen besuchen können. Vorhandene Ermäßigungen sollen offensiv bekannt gegeben werden.
- Der in der letzten Wahlperiode begonnene Weg, Grundschulklassen kostenfreie Vermittlungsangebote in den städtischen Museen anzubieten, soll auf weiterführende Schulen ausgerollt werden.
- Der bereits etablierte „Kulturöffner“ von der Stiftung Solidarität bei Arbeitslosigkeit und Armut wird darin unterstützt, sein Angebot ausweiten zu können – speziell für Kinder und Jugendliche.

Klima- und Umweltschutz macht auch vor kulturellen Angeboten keinen Halt. Es handelt sich hierbei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir auch kulturpolitisch Rechnung tragen möchten.

- Wir unterstützen moBiel und Kulturveranstalter*innen bei klimafreundlichen Verkehrskonzepten für Großveranstaltungen, die z. B. mobile Fahrradständer vorsehen und dabei das Kombiticket für Veranstaltungen und Events ausweiten, um die Anreise mit Bus und Bahn zu ermöglichen.
- Stadtfeste und städtische Veranstaltungen verzichten auf Einwegprodukte und sind plastikfrei. Um dies zu gewährleisten werden Spülmobile angeschafft oder andere Konzepte entwickelt.
- Wir nehmen Klimaschutz und gesellschaftliche Verantwortung ernst und wollen diese als Querschnittsaufgaben auch in der Kultur verankern. Daher wollen wir Kriterien für den Einkauf und die Technik entwickeln, Konzepte für CO₂-neutrale Kulturevents ausarbeiten und Kultur dazu ermuntern, offensiv Fragen von Gleichberechtigung und Vielfalt zu stellen.

Sport

Der Sport spielt für Gesundheit und Wohlbefinden eine große Rolle. Neben dem organisierten Sport in den vielen Vereinen unserer Stadt betreiben zunehmend mehr Menschen in ihrer Freizeit vereinsungebundenen Sport. Diesen beiden Aspekten der sportlichen Freizeitgestaltung wollen wir auch weiterhin Rechnung tragen.

- Wir fördern den Breitensport prioritär; Projekte mit Zugang zum Leistungssport behalten wir bei und verfolgen auch die NRW-Sportschule weiter.
- Den Stadtsportbund in seiner wichtigen Arbeit für den Bielefelder Sport werden wir weiterhin fördern.
- Wir unterstützen die Sportvereine in der Corona-Krise.
- Wir werden die Schwimmkapazitäten ausbauen, um möglichst allen Kindern das Schwimmen zu ermöglichen. Die Eintrittspreise in Schwimmbäder halten wir bezahlbar.

- Sports4Kids werden wir beibehalten.
- Offene niedrigschwellige Angebote wie den „Open Sunday“ werden wir ausbauen und in möglichst jedem Stadtbezirk anbieten.
- Wir werden auch weiterhin alle zwei Jahre 10% der Sportpauschale des Landes für vereinsungebundenen Sport nutzen (zurzeit etwa 90.000 Euro). Auf diese finanziellen Mittel machen wir öffentlich verstärkt aufmerksam.
- Wir wollen Sportplätze perspektivisch zugänglich machen. Dabei betrachten wir jeden Sportplatz individuell und in Absprache mit den jeweiligen Vereinen. Wir wollen vor einer Einzäunung vorrangig andere Lösungen für das Problem des Vandalismus ausarbeiten und alternative Angebote unter Einbeziehung der Jugendhilfe und der Bezirke schaffen.
- Verankerung von Nachhaltigkeitszielen im Sport in Zusammenarbeit und Absprache mit dem Stadtsportbund (Beschaffung, Bau/Umbau von Sportstätten, Verkehrsanbindung etc.)
- Wir werden Standards für Kunstrasenplätze entwickeln; Entscheidungen über Kunst- oder Echtrasen treffen wir standortabhängig in Absprache mit den Vereinen. Die Sanierung von Kunstrasenplätzen hat Vorrang vor der Ausweitung.
- Wir unterstützen und ermutigen Sportvereine, sich entsprechend der vielfältigen Gesellschaft zu öffnen, Gleichberechtigung zu stärken und Anti-Diskriminierungsarbeit anzugehen.

Mobilität

Wir wollen Mobilität für alle schaffen. Wir wollen eine schönere Innenstadt und menschenfreundliche Stadtteile mit weniger Autos und höherer Aufenthaltsqualität.

Wir wollen den Anteil an Rad-, Fuß- und ÖPNV-Verkehren deutlich steigern und den Autoverkehr verringern. Davon profitieren auch diejenigen, die auf ein Auto angewiesen sind, weil es letztlich auch den Stau in der Stadt reduziert. Es muss über die Stadtgrenzen hinaus gedacht und politisch gehandelt werden. Wir wollen, dass die Stadt Bielefeld ihre Verantwortung in OWL für die Weiterentwicklung des überregionalen Radwegenetzes und Bahnnetzes in der Region wahrnimmt. Die Kapazitäten im Amt für Verkehr werden an die neuen Aufgaben angepasst.

Den öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) wollen wir attraktiver machen und ausbauen. Dafür werden wir die Tarife umgestalten.

- Das Sozialticket heißt in Zukunft diskriminierungsfrei BI-Pass-Ticket. Der Preis orientiert sich an der Schüler*innencard, wird kurzfristig und für die nächsten fünf Jahre auf 29 Euro pro Monat festgesetzt.
- Die Schüler*innencard werden wir erweitern und auch Auszubildenden zugänglich machen.
- Wir unterstützen innovative Tarife, um den ÖPNV zu stärken.
- Wir werden die Tarifgrenzen abbauen und die Entwicklung des e-ticket begleiten.

Die Stadtbahnlinien wollen wir erweitern.

- Die Planung der Stadtbahn nach Sennestadt wird vorangetrieben. Der Bau soll schnellstmöglich begonnen werden. Eine Verlängerung von der jetzigen Endstation in Schildesche wird geprüft.

- Die Planung der Verlängerung der Linie 2 nach Hillegossen soll zur Bau-Reife gebracht werden. Die Verlängerung bis Ubbedissen wird dabei ebenso geprüft wie eine Trasse mit Verbindung der Linien 2 und 3.
- Die Verlängerung der Linie 3 nach Jöllenbeck geht in die Bürgerbeteiligung. Trassenvarianten werden erarbeitet und die Planfeststellung vorbereitet.
- Stadtbahn-Linie Zentrum-Ost: Für eine oberirdische Stadtbahn-Linie über den Jahnplatz werden die vorbereitenden Planungen vorgenommen.

Der Busverkehr wird zügiger und bequemer.

- Wir werden an Kreuzungen und stauanfälligen Strecken Vorrang für den ÖPNV schaffen (bspw. durch eigene Busspuren).
- Taktverdichtung am Stadtrand sowie abends und morgens
- Ausbau alternativer kreativer Verkehre wie z. B. „on demand“ oder autonome Systeme
- Wir wollen den Nachtbus auch unter der Woche.
- Wir setzen uns für den Ausbau alternativer Antriebe ein.
- Wir wollen, dass der öffentliche Nahverkehr resistenter gegenüber Extremwetterereignissen wird.

Haltstellen werden wir barrierefrei gestalten und mit einem modernen Mobilitätsinformationssystem ausstatten. An zentralen Knotenpunkten sollen jeweils ein Kiosk und auch eine Toilettenanlage entstehen. Alle Stadtbahnhaltestellen bekommen eine Fahrradabstellanlage und, soweit sinnvoll, eine Car-Sharing-Station.

Den regionalen Bahnverkehr wollen wir stärken.

- Die Stadt Bielefeld setzt sich für eine Verbesserung des Bahnverkehrs in der Nord-Süd-Richtung ein. Dazu gehören die Reaktivierungen Rahden-Bassum und Almetalbahn sowie eine direkte Bahnanbindung an Kassel.
- Die ICE-Strecke Hamm-Bielefeld-Hannover ist so auszubauen, dass der Regionalverkehr eine optimale Zubringerfunktion zum ICE-Halt Bielefeld erbringen kann. Der Bahnhof Bielefeld wird ein symmetrischer Bahnknoten. Die Stadt Bielefeld unterstützt die Idee eines Deutschland-Taktes für Fern- und Regionalverkehre.
- Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, den Flugverkehr zu reduzieren.

Wir sorgen für einen ÖPNV der Zukunft.

- Für ein Konzept moBiel 2040 sollen folgende Stadtbahnlinien-Führungen untersucht werden: Lohmannshof-Großdornberg-Werther, Jöllenbeck-Lenzinghausen-Spenge, Brackwede-(Windelsbleiche-)Windflöte-Friedrichsdorf.
- Die Region OWL soll ein S-Bahn-System bekommen.
- Die von der Stadt Bielefeld gewünschten Ausbaustandards ihrer Bahnhalte werden in den Nahverkehrsplan aufgenommen. Im Rahmen der zukünftigen Ausbaumaßnahmen an den durch Bielefeld führenden Bahnstrecken werden folgende neue Bahnhalte aufgenommen: Hillegossen, Brackwede Süd, Schildesche, Ummeln, Altstadt.

Wir wollen den Anteil der Wege, die zu Fuß zurückgelegt werden, steigern. Zufußgehen muss sicher und bequem sein.

- Hauptfußwege werden grundsätzlich beleuchtet. Die Fußwegbreite sollte mindestens 2 Meter betragen, das erlaubte Parken auf Fußwegen wird abgeschafft, Ausnahmen sind Zonen für Bring-/Holverkehre (Arztpraxen, Handwerker*innen, etc.) und Ladezonen.
- Für Hauptfußwege ist Barrierefreiheit herzustellen. Fußwege erhalten entweder abgesenkte Bordsteine oder werden bei Haupttrouten und Straßenquerungen hochgepflastert. Das gilt auch bei unübersichtlichen Einmündungen.
- Die Querungsmöglichkeiten werden Fußgänger*innen-freundlicher mit kurzen Warte- und längeren Querungszeiten.
- Wir wollen Quartiere verkehrsberuhigter und ohne Durchgangsverkehr gestalten.
 - Das Verkehrskonzept für den Bielefelder Westen wird mit einer intensiven Bürger*innenbeteiligung abgeschlossen. Die beschlossenen Maßnahmen werden zeitnah umgesetzt.
 - Nach dem gleichen Muster wird ein Verkehrskonzept für den Bielefelder Osten (5. Kanton) erarbeitet.
 - Weitere städtische Quartiere sollen planerisch mit Bürgerbeteiligung betrachtet und die verkehrliche Situation Fuß- und Radfahrer-freundlicher gestaltet werden.
- Für eine attraktive Innenstadt werden wir die Fußgängerzone ausweiten.
 - Alle Plätze der Innenstadt kurz- bis langfristig autofrei
 - Keine Durchfahrt im Hufeisen
 - Parkplätze im Straßenraum reduzieren und nur noch für Service-Parken ermöglichen
 - Parkhäuser sollen weiter erreichbar sein.
 - Freiwerdender Raum wird für Grün- und Aufenthaltsflächen, Radabstellanlagen oder Außengastronomie genutzt.

Wir stärken den Radverkehr.

- Die bereits erarbeitete Mängelliste wird kurzfristig und konsequent abgearbeitet.
- Der Radentscheid soll umgesetzt werden.
 - Die Finanzierung ist zu sichern, Fördermittel sollen eingeworben werden.
 - Wir halten eine Werbe- und Bürgerbeteiligungsstrategie für sinnvoll und wollen diese einführen.
 - Kurzfristig umsetzbare Maßnahmen sollen vorgezogen werden.
 - Wir wollen verstärkt auf Verkehrsversuche setzen, um Auswirkungen vor einem aufwändigeren Umbau zu studieren.
- Für eine direkte Verbindung zwischen Universität und Innenstadt werden wir prüfen lassen, ob Stapenhorststraße und Wertherstraße als entgegengesetzte Einbahnstraßen fungieren können.
- Am Hauptbahnhof entsteht ein neues Fahrradparkhaus. Dieses liegt idealerweise nahe am Haupteingang. Mit einer möglichen Erweiterung der Gleisanlagen soll auch auf der nördlichen Bahnhofseite ein Parkhaus errichtet werden.
- Die Planung des OWL-Radwegs soll vorangebracht werden. Dazu wird eine Trasse durch die Innenstadt ausgearbeitet.

- Hauptstraßen werden für den Radverkehr ertüchtigt, sofern es keine adäquate Alternative gibt und der ÖPNV nicht beeinträchtigt wird.
- In der Innenstadt soll ein Fahrradparkhaus und ein Logistikservicepunkt für den Einsatz von Lastenrädern entstehen.
- Wir werden Lastenräder als Familienfahrzeuge und für den Güterverkehr fördern, eine Kaufprämie prüfen, sie in das Fahrradverleihsystem integrieren und die besonderen Bedarfe bei der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes einbeziehen.

Im Bereich des Motorisierten Individualverkehrs werden wir Maßnahmen im Sinne der Verkehrswende ergreifen. Wir passen den Straßenbau an den Klimawandel an.

- Bestandserhalt geht vor Neubau.
- Auf den Bau der B66n wird verzichtet.
- Unabhängig von einer möglichen Ortsumgehung Ummeln soll auf einen vierspurigen Ausbau der bestehenden B61 nach Gütersloh verzichtet werden.
- Die Planung der B61 nach Herford soll im Kontext eines möglichen Radschnellweges überarbeitet werden.
- Bei Sanierung von Straßen im Außenbereich wird grundsätzlich ein Fußweg angelegt, bei Hauptstraßen auch ein ausreichend breiter Radweg.

Verkehre werden wir zielorientiert lenken.

- Die Stadt stellt im Zuge von Smart City eine App zur Verfügung, die die Belegung der Parkhäuser sowie die optimalen Verbindungen im ÖPNV und Car-Sharing-Alternativen anzeigt.
- An ausgewählten Bahnstationen und Stadtbahn-Haltestellen werden P+R Plätze angelegt (gegebenenfalls als Parkhaus).
- Wir wollen grundsätzlich den öffentlichen Parkraum im Straßenraum reduzieren.
 - Dazu werden wir die Stellplatzsatzung überarbeiten.
 - In Quartieren mit großem Parkplatzmangel werden wir Quartiersparkhäuser realisieren.
 - Service-Parken soll weiterhin kostenfrei ermöglicht werden (Parkplätze für Pflege- und Lieferdienste, Handwerker*innen, Parkplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen).
 - Kostenfreies Parken in der Innenstadt wird abgeschafft.
 - Parkraum im öffentlichen Straßenraum soll immer teurer sein als in den umliegenden Parkhäusern.
- Wir werden die Ladesäulen-Infrastruktur gemeinsam mit den Stadtwerken ausbauen.
- Wir werden das Car-Sharing-Angebot in der Stadt ausbauen. Dazu muss öffentlicher Parkraum zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.
- An den Stellen, an denen die Planungen der Stadt mit denen von Straßen.NRW nicht lösbar kollidieren, soll die Übernahme der Straßenbaulast geprüft werden.

Den Güterverkehr wollen wir umstrukturieren.

- Das Konzept zur emissionsfreien Innenstadtlogistik wird in die Umsetzung gebracht.
 - Für den Lieferverkehr werden Ladezonen ausgewiesen. Für Anlieferungen in der Innenstadt sollen Fahrzeuge mit E-Antrieb eingesetzt werden.

- Für den Containerbahnhof soll eine Alternative gesucht werden. Die Fläche des Containerbahnhofes soll vorrangig der Innenstadt-Logistik dienen.
- Für die Lieferverkehre der Paket- und Kurierdienste wird ein Konzept für die gebündelte Anlieferung entwickelt.
- Die Stadt setzt sich aktiv für den Güterverkehr auf der Schiene ein.
 - Für neue Gewerbegebiete soll ein Anschluss an den Schienenverkehr möglich sein.
 - Für Hillegossen und die Gewerbegebiete nördlich der Lipper Bahn soll ein Anschlusskonzept mit den angrenzenden Unternehmen erarbeitet werden.
- Lastenfahrräder für die Nahlogistik nutzen
 - Lastenräder sind ein wichtiger Teil der zukünftigen Quartiers- und Innenstadtlogistik. Deshalb werden wir Flächen für Mikrodepots, Ladezonen und Abstellanlagen in der Innenstadt und Quartieren mit großem Paketaufkommen vorhalten.
 - Es soll ein Konzept für ein System von Mini-Hubs (auch in den Außenbezirken) geprüft werden. Das Konzept soll die Möglichkeit der Einbindung der Stadtbahn in die Lieferkette prüfen.
 - Der Einsatz von Lastenrädern im Bereich des Umweltbetriebes soll geprüft werden.

Wirtschaft und Arbeit

Die kommunale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt bei ihren Entscheidungen und Vorhaben wirtschaftliche Interessen, die Qualität der Arbeit sowie soziale und ökologische Belange! Es ist unser Ziel, dass alle Bürger*innen eine qualifizierte und den Lebensunterhalt sichernde Beschäftigung in unserer Stadt finden – und das langfristig, über diese Wahlperiode hinaus. Bielefeld ist, mit dem vielfältigen Branchenmix, dem engagierten Handwerk, dem wachsenden Dienstleistungssektor und den zahlreichen Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft weiterhin auch ein wichtiger Industriestandort. Die Zukunft all dieser Unternehmen und des Handels, sowie die damit verbundene Sicherung und die Qualität der Arbeitsplätze bleibt ein zentrales Anliegen! Wir wollen gute Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Investitionen in unserer Stadt ausbauen und erhalten, damit Unternehmen und Privatpersonen hier einen sicheren Standort finden. Entsprechend erwarten wir, dass die Europäische Union sowie Land und Bund, in der Corona-Krise und darüber hinaus, Finanzmittel für den Aufbau von Existenzgründungen und den Erhalt wachsender Unternehmen zur Verfügung stellen.

Wir stärken den Wissenschaftsstandort. Die Arbeitswelt steht vor einschneidenden Transformationsprozessen, die sich stark auf die Themen Digitalisierung, sowie soziale und ökonomische Entwicklung fokussieren. Die Stadt Bielefeld möchte in diesen Veränderungsprozessen für die Unternehmen ein unterstützender Partner sein.

- Bei der Verzahnung von Erkenntnissen aus dem Forschungs- und Wissenschaftsstandort Bielefeld mit den hiesigen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen soll die Wissenswerkstatt eine wesentliche Rolle spielen. Dazu werden wir das Konzept der Wissenswerkstatt umsetzen und weiterentwickeln.
- Das Projekt „Open Innovation City“ unterstützen wir bei der Entwicklung von Ideen und Strategien, wie Unternehmen und Stadt gemeinsam den starken Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bielefeld ausbauen können.

- Wir setzen uns darüber hinaus aktiv für die Einrichtung einer Dialogreihe zwischen den Hochschulen und der Stadtgesellschaft ein. In dieser werden Ideen für die Umsetzung der digitalen und ökologischen Transformation entlang der Ziele des Klimanotstandes entwickelt.

Das natürliche Umfeld unserer Stadt mit seinen landwirtschaftlichen Betrieben bietet der Bevölkerung eine hohe Lebensqualität. Diesen Standortfaktor gilt es zu sichern und dennoch müssen wir in unserer wachsenden Stadt den steigenden Bedarf an Wohn- und Gewerbefläche mit dem Erhalt von Naturflächen in Einklang bringen.

- Wir sichern und entwickeln entsprechende Gewerbeflächen auf der Basis der beschlossenen Baulandstrategie mit dem städtischen Vorkaufsrecht.
- Bestehende Gewerbegebiete werden nachverdichtet, ausgewiesene Gewerbeflächen aktiviert, Gewerbebrachen recycelt.
- Genehmigungsverfahren werden wir mit personeller und digitaler Unterstützung beschleunigen.
- Wir werden in allen Gebieten dafür sorgen, dass die Anbindung an ein leistungsfähiges Glasfasernetz erfolgt.
- Wir haben zum Ziel, die vorhandenen und neuen Gewerbegebiete nach sozialen, ressourcenschonenden und klimafreundlichen Standards zu entwickeln. Wir denken auch an interkommunale und an zu erweiternde Gewerbegebiete. Dabei geht es uns um die gute Erreichbarkeit der Arbeitsplätze und weniger Pendler*innenverkehr durch die Innenstadt.
- Um Synergien zu nutzen werden wir punktuell auch Wohnen und Arbeiten in störungsarmen Gewerbegebieten verknüpfen.

Die Wissenschaft sehen wir als starke Partnerin. Die wachsenden Fachhochschulen und die immer größer werdende Universität leisten einen hervorragenden Beitrag für die ökonomische und nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Neben vielen Kooperationen mit Bielefelder Unternehmen haben wir in den letzten Jahren einen Boom an Unternehmensgründungen verzeichnen können.

- Wir werden Unternehmensgründungen weiterhin unterstützen und fördern.
- Mit der Einrichtung der Medizinischen Fakultät erwarten wir positive Auswirkungen auf die Ansiedlung von Haus- und Fachärzt*innen und eine Aufwertung der Gesundheitseinrichtungen vor Ort. Diese Entwicklung wollen wir gezielt unterstützen. Wir erhoffen uns weitere Impulse, auch für die Stadtgesellschaft.
- Wir wissen um den Bedarf an Flächen und Räumlichkeiten im Bereich der Hochschulen. Die Entwicklung des Campus Bielefeld stellt für uns ein zentrales Projekt zur zukunftsfähigen Entwicklung der Stadt dar. Dazu werden wir die Fläche Campus-Nord sichern. Für zusätzliche Flächenbedarfe sollen auch die Flächen der ehemaligen Fachhochschule sowie der Parkhäuser genutzt werden.
- Wir werden ein auskömmliches Fördermodell für universitäre Ausgründungen entwickeln, welches Mietkosten- und Infrastrukturzuschüsse beinhaltet, um Startups in die Möglichkeit zu versetzen, ihre Arbeitsorte bedarfsgerecht ausbauen zu können. Dies sichert die Arbeitsqualität und erhöht die Attraktivität der Hochschulstadt – und wird die Anzahl der Studierenden in Bielefeld erhöhen.

- Wir werden Wohnbebauung in der Nähe der Campusse realisieren und denken dabei auch an den Wohnraumbedarf von Studierenden.

Eine lebendige Stadt lebt von ihren vielfältigen Strukturen sowohl im Zentrum als auch in den Stadtteilen.

- Wir werden die Innenstadt und die Stadtteile mit dem ortsansässigen Handel, ihrer Gastronomie, dem Handwerk, aber auch mit bezahlbarem Wohnraum als lebendige Lebensräume sichern und für Bewohner*innen wie Gäste unserer Stadt attraktiv gestalten. Die unterschiedlichen Interessen der Stadtgesellschaft werden hierbei beteiligungsorientiert einbezogen.
- Wir führen ein City-Management ein und gestalten es im Sinne einer attraktiven Innenstadt.
- Wir steigern die Aufenthaltsqualität der Innenstadt durch geeignete Maßnahmen wie die Ausweitung der verkehrsberuhigten Bereiche.
- Wir werden die Stadtteilzentren durch eigene Konzepte lebendig weiterentwickeln.
- Wir werden durch kreative Orte für Kunst, Kultur und Freizeitangebote den öffentlichen Raum unserer Stadt lebendig erhalten. Die Förderung der Kreativ- und Kulturbranche ist damit untrennbar verbunden, denn sie bietet einen attraktiven Rahmen für einen erfolgreichen Einzelhandel.
- Wir wollen Bielefeld für gewerbliche Veranstaltungen und Messen noch attraktiver machen, wovon auch das Hotel- und Gaststättengewerbe profitiert.
- Besonders im Interesse der Arbeitnehmer*innen und kleinen Einzelhandelsbetriebe verständigen wir uns auf einen sensiblen Umgang mit verkaufsoffenen Sonntagen. Die Stadt Bielefeld wird die bewährte Praxis beibehalten, einen Konsens zwischen Handel, der Gewerkschaft ver.di, Kirchen und weiteren Akteur*innen zu suchen und hier verkaufsoffene Sonntage im rechtlichen Rahmen abzustimmen.
- Wir sorgen für Co-Working-Spaces, Beratungs- und zusätzliche Unterstützungsangebote für Gründer*innen, die nachhaltiges Wirtschaften zum Ziel haben.
- Wir setzen das Konzept „Citylogistik“ um.
- Durch ein städtisches Förderprogramm werden wir die Anschaffung von Lastenrädern zur Reduzierung der Lieferverkehre in der Innenstadt und den Stadtteilzentren unterstützen.
- Den Verkehr in den Stadtquartieren werden wir entlasten, indem wir Lkw-Verkehre durch ein Lenkungskonzept frühzeitig auf Umgehungsstraßen bringen. In der Innenstadt werden Ziel- und Quellverkehre weiter möglich sein.

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft stellt in Bielefeld den größten Anteil der vorhandenen Arbeitsplätze. Die Zukunft und die Arbeitsqualität dieser Branche hat entsprechendes Gewicht und wird gezielt unterstützt.

- Aufgrund des bekannten Fachkräftemangels in der Pflege werden wir die Aus- und Weiterbildungskapazitäten, mit den kommunal beeinflussbaren Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ausbauen. Gemeinsam entwickeln wir vor Ort weitere Maßnahmen, die dem Pflegenotstand entgegenwirken.
- Im Sinne von ‚Guter Arbeit‘ unterstützen wir die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Aufwertung der Tätigkeiten im Sozial- und Gesundheitssektor, auch über angemessene

Entlohnung und bei Bedarf auch über entlastende Tarifregelungen in unseren kommunalen Einrichtungen und Töchtern.

- Im Rahmen der aktuellen Krankenhausplanung des Landes NRW fordern wir eine bisher fehlende Transparenz und erwarten, dass die Kommunen im Rahmen des Planungsprozesses stärker einbezogen werden. Hierbei geht es uns um die Weiterentwicklung der Kliniken und damit um die gesicherte klinische Versorgung aller Bürger*innen – auch in Notfallsituationen.

Wir wollen den zugewanderten Menschen eine soziale wie ökonomische Zukunft bieten. Wir verpflichten uns dabei besonders zur Eingliederung von Frauen in unsere Arbeitswelt.

- Mit Unterstützung des Bundes sowie des Landes NRW werden wir für zugewanderte Menschen eine berufliche Bildungsoffensive initiieren, die Sprach- und Grundkenntnisse mit einschließen sowie Kenntnisse, die für den digitalen Wandel und im wachsenden Dienstleistungsbereich benötigt werden.

Die Herausforderungen der fortschreitenden Digitalisierung, des demographischen Wandels, des wachsenden Fachkräftemangels und die Weiterbildung in der Arbeitswelt unserer Stadt werden wir kommunalpolitisch begleiten, auch um sozialen Auswirkungen frühzeitig entgegenwirken zu können.

- Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, die sich neben angemessener Entlohnung durch ein kollegiales Arbeitsklima und eine transparente und vertrauensvolle Führungskultur auszeichnen.
- Arbeitsbedingungen, Arbeitsmotivation und Zufriedenheit am Arbeitsplatz beeinflussen die Qualität der Leistung, die körperliche Gesundheit und die Ausfallquoten der Beschäftigten. Deshalb soll das Thema ‚Gute Arbeit‘ auch unter dem Aspekt der betrieblichen Gesundheitsförderung eine stärkere Rolle einnehmen.
- Hier sollte die Stadt als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion einnehmen und auch aufgrund der positiven Auswirkung bei Stellenausschreibungen und Neubesetzungen empfehlen wir Maßnahmen wie den Ausbau der Gesundheitsförderung, mehr Ausbildung und Übernahmevereinbarungen, den Ausbau der internen Fort- und Weiterbildung und den weitgehenden Verzicht auf sachgrundlose Befristungen und Wiederbesetzungssperren.

Gute Arbeit wirkt: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge setzen wir hohe Standards und werden die Qualitätskriterien der Stadt und ihrer Töchter entsprechend den fachlichen, tariflichen und nachhaltigen Anforderungen weiterentwickeln. Gute Beispiele aus NRW können uns hierbei unterstützen.

- Wir werden in der Verwaltung und den städtischen Betrieben flexible Teilzeit-Vollzeit-Modelle sowie geregelte Modelle von Homeoffice zur Organisation der privaten Sorgearbeit anbieten.
- Es ist unser Ziel, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Verwaltung und den städtischen Unternehmen auf 50 Prozent zu erhöhen. Zusammen mit der WEGE verstärken wir die begonnene Kampagne für mehr Frauen in Führungspositionen. Die Vielfalt unserer Stadtgesellschaft soll sich auf allen Ebenen städtischen Handelns widerspiegeln. Für beides gilt es, eine Strategie zu entwickeln.

- Wir wollen, dass Verwaltung und städtische Unternehmen konsequent nachhaltig und klimaverträglich handeln und in erster Linie der kommunalen Daseinsvorsorge und somit dem Gemeinwohl dienen.
- Die Stadt und ihre Töchter soll angehalten werden, Leistungen und Produkte aus der Region, sowie aus nachhaltiger Herstellung und fairem Handel zu beziehen.
- Wir werden die Verwaltung neben der Vorlage des regelmäßigen Klimaberichts zu einer Gemeinwohlbilanz verpflichten.

Gute Arbeit soll gut bezahlt werden. Das gilt für die Beschäftigten der Stadt genauso wie für die Beschäftigten in den städtischen Beteiligungen und bei den städtischen Vertragspartner*innen. Darum wollen wir, dass bei der Stadt, den städtischen Beteiligungen und den städtischen Dienstleistern die geltenden Tarifverträge beachtet werden. Das Prinzip der Tariftreue ist uns wichtig!

Digitales

Wir wollen Bielefeld zu einer echten Smart-City weiterentwickeln. Wir verstehen darunter, dass Bielefeld für Bürger*innen effizienter, technologisch fortschrittlicher, sozial inklusiver sowie ökologischer werden soll. Dabei setzen wir auf die Digital-Akteur*innen in unserer Stadt sowie den Austausch mit der Region.

Wir schaffen besten Netzzugang. Für die konsequente Nutzung der Chancen der Digitalisierung ist der Ausbau der Netze notwendig.

- Wir werden bei neuen Baugebieten Glasfaseranschlüsse verbindlich vorsehen, da ein moderner Breitbandanschluss für uns zur Daseinsfürsorge gehört.
- Wir werden den Anschluss bestehender Wohngebiete und Gewerbegebiete an das Glasfasernetz fortsetzen und intensivieren. Hier sehen wir insbesondere die städtische Tochter BITEL und die Stadtwerke in der Verantwortung. Auch Schulen werden wir schnellstmöglich adäquat an das Glasfasernetz anschließen.
- Wir werden außerdem das öffentliche, kostenlose und werbefreie High-Speed-WLAN Bi.free sowie Freifunk an öffentlichen Plätzen und in von der Stadt genutzten Gebäuden ausbauen. Die Busse und Bahnen der Stadt sollen ebenfalls Teil des WLAN-Netzes werden und ein besseres digitales Angebot erhalten. Dazu gehören verlässliche Informationen zu Verspätungen und Alternativen sowie WLAN an möglichst allen Haltestellen.

Wir digitalisieren klimafreundlich...

Auch bei der Digitalisierung ist der Blick auf die Auswirkungen für das Klima wichtig. Smart City Projekte müssen nicht nur unseren Ansprüchen an Datenschutz gerecht werden, sondern auch über den gesamten Prozess klimafreundlich sein.

- Wir wollen erreichen, dass das kommunale Rechenzentrum von Stadt und Stadtwerken so energieeffizient und klimafreundlich wie möglich betrieben wird.
- Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt Bielefeld durch Smart Waste und Smart Energy Ressourcen-effizienter wird, zum Beispiel durch die Einführung von intelligenten Abfallsystemen sowie durch intelligente Beleuchtungssteuerung.

- Die Stadtwerke sollen zukünftig über das Fernauslesen von Gas-, Wasser- und Wärmezählern noch smarter werden. Dazu ist der Ausbau eines LoRaWAN-Funknetzes mit den darauf basierenden Anwendungen anzustreben.
- Wir werden mit der smarten Bewässerung von Grünflächen und Bäumen einen Beitrag zum Umweltschutz leisten – dank Open Data und mit Hilfe der Bürger*innen.

...und sozial gerecht.

Zu einer Digitalisierungsstrategie gehört für uns auch der Blick auf soziale Auswirkungen.

- Wir möchten die digitale Teilhabe durch den Ausbau barrierefreier Lernorte für digitale Kompetenz sowie Modellprojekte, wie zum Beispiel Bürger*innen-Labs und Makerspaces, erreichen.
- Wir werden kostenlose digitale Bildung gemeinsam mit den sozialen Träger*innen in der Stadt für alle Menschen anbieten, insbesondere auch für Menschen mit geringem Einkommen und für ältere Menschen. Dabei bieten sich Weiterbildungskurse und offene Jugend- und Seniorenangebote an.

Für uns sind offene Daten und offene Software ein wichtiger Punkt für eine Digitalisierung für die Stadtgesellschaft.

- Wir werden eine kommunale Transparenzsatzung einführen, die die Stadt verpflichtet, alle wesentlichen Informationen nach höchsten Datenschutzrichtlinien online zu stellen.
- Die Prinzipien „Open Data“ und „Open Government“ werden wir verstärkt in die Praxis umsetzen: Das Open-Data-Portal der Stadt werden wir nutzer*innenfreundlich gestalten und erweitern. Wir wollen langfristig alle städtischen Angebote, bei denen das möglich ist, in digitaler Form zugänglich machen.
- Wir wollen nach Möglichkeit Open-Source-Software nutzen, um die Unabhängigkeit von digitalen Tech-Konzernen zu gewährleisten. Software, welche mit öffentlichen Mitteln entsteht, muss frei verfügbar sein.

Smart, Digital, Agil

- Wir treiben die digitale Transformation der Verwaltung, den Ausbau digitaler Angebote, den Datenschutz sowie die IT-Sicherheit und IT-Aus- und Weiterbildung voran. Dazu werden wir externen Sachverstand einbinden.
- Die Internetseite der Stadt Bielefeld soll attraktiv, informativ und vor allem benutzerfreundlich und barrierefrei gestaltet werden. Durch die Sicherung von eigenen Domains für die Stadtbezirke sollen die Angebote noch besser auf die Bürger*innen zugeschnitten werden.
- Die Bürgerservice-App werden wir zu einer umfassenden Bielefelder Bürger*innen-App ausbauen, damit der Gang ins Rathaus bestenfalls unnötig wird. Hierzu soll die App als „single sign on“ (zentraler Zugang) für alle Angebote und Anwendungen in Bielefeld weiterentwickelt werden.
- Wir werden E-Payment überall dort möglich machen, wo es sich auch einsetzen lässt.
- Für Menschen, die digitale Zugänge nicht wahrnehmen können oder wollen, werden wir weiterhin die Angebote vor Ort aufrechterhalten.

Durch die Nutzung von vorhandenen Daten kann Bielefeld weiterentwickelt und das Leben an vielen Stellen für Bürger*innen verbessert werden. Die Daten sollen zum Vorteil der Bielefelder*innen verwendet werden.

- Wir stellen die Gemeinwohlorientierung und Souveränität bei der Nutzung der Daten an erste Stelle.
- Bürger*innen sollen über ihre Daten selbst bestimmen. Wir werden alle bestehenden und zukünftigen digitalen Projekte daraufhin prüfen, inwieweit sie dem „Privacy-by-Default“-Konzept gerecht werden, und wenn nötig gemäß datenschutzrechtlichen Anforderungen verbessern. Die Verwendung externer Tracker und Verknüpfungen zu sozialen Netzen von städtischen Seiten darf nur nach Bestätigung des Besuchenden erfolgen.

Zu einer modernen Stadtgesellschaft gehört in der politischen Kommunikation auch die Nutzung der digitalen Möglichkeiten.

- Die öffentlichen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse wollen wir per Livestream übertragen.
- Bürger*innen-Informationsveranstaltungen werden durch den Einsatz digitaler Technologien (bspw. Videokonferenzen, Webinare, Onlinechats, Mediatheken) ergänzt.
- Wir fördern die Einrichtung einer digitalen Bürger*innensprechstunde mit zielgruppengerechten Formaten, dabei sind auch Ideen und Vorschläge der Bürger*innen an den Digitalisierungsausschuss willkommen.

Finanzen

Über den Haushalt steuern wir Impulse zu Entwicklungen in Bielefeld. Die Infrastruktur wollen wir umfassend erneuern, ausbauen und modernisieren. Dafür werden wir bis 2025 mehr als 500 Millionen Euro investieren. Das ist auch ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung nach der Corona-Pandemie. Wir werden zur Finanzierung Fördermittel und Kredite einsetzen.

Die Aufnahme von Investitionskrediten ist in dem erforderlichen Umfang nur möglich, wenn wir den Ausgleich im Ergebnisplan weiter erreichen. Darum streben wir für jedes Haushaltsjahr einen ausgeglichenen Haushalt an.

In den nächsten Jahren gibt es erhebliche Unsicherheiten, die aus den Auswirkungen der Corona-Pandemie folgen. Die Auswirkungen auf die Gewerbesteuerentwicklung oder das Volumen der Schlüsselzuweisungen sind genauso unsicher wie die Entwicklung der Transferleistungen im Jugend- und Sozialbereich. Wir werden die Corona-bedingten Einnahmeausfälle und Aufwandssteigerungen nicht mit unseren Gestaltungsmöglichkeiten ausgleichen können, sondern sind – wie alle anderen Städte auch – darauf angewiesen, dass dies über Hilfen seitens des Landes NRW und des Bundes geschieht. Bund und Land müssen die Systemrelevanz der Städte als Investitionsmotoren anerkennen.

In Abhängigkeit von diesen Hilfen werden wir unsere Ziele, Projekte und Möglichkeiten von Jahr zu Jahr überprüfen und anpassen. Das gilt für den Ergebnishaushalt und die Investitionsstrategie. Wir wollen jährlich im ersten Quartal über Eckdatenbeschlüsse die verwaltungsseitige Haushaltsaufstellung steuern und im letzten Quartal den Haushalt beschließen. Die bestehenden

Rücklagen werden uns in einer Übergangszeit helfen, den Haushaltsausgleich ohne eigene Konsolidierungsmaßnahmen zu erreichen.

Bielefeld, den 18.03.2021



Dr. Wiebke Esdar,
Vors. SPD Bielefeld



Prof. Dr. Riza Öztürk,
Vors. SPD-Fraktion



Daniela Kluge,
Vors. Bündnis 90/ Die Grünen



Christina Osei,
Vors. Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen



Brigitte Stelze,
Vors. Die Linke Bielefeld



Bernd Vollmer,
Vors. Fraktion Die Linke



Florian Straetmanns,
Vors. Die Linke Bielefeld

SPD



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

DIE LINKE.

2021 · Bielefeld